



Amt Ortrand
Kämmerei
Altmarkt 1
01990 Ortrand

EINGANGSBESTÄTIGUNG

Datum: _____

Bearbeiter: _____

(gemäß §222 AO)

Persönliche Angaben des Zahlungspflichtigen:

Vor- und Nachname:					
Anschrift:					
Telefonnummer:					
Geburtsdatum:					
Familienstand:	☐ ledig	☐ verheiratet	☐ getrennt lebend	☐ geschieden	☐ verwitwet

Was soll gestundet werden ?

Art der Forderungen :	
Aktenzeichen / Kassenzeichen :	
Gesamtbetrag der Rückstände :	

Wie soll gestundet werden ?

☐	Stundung des Gesamtbetrages bis zum:					
☐	Stundung in monatlichen Raten:	<table border="1"><tr><td>Ratenhöhe:</td><td>Euro</td></tr><tr><td>Zahlungstermin:</td><td>_____ . des Monates</td></tr></table>	Ratenhöhe:	Euro	Zahlungstermin:	_____ . des Monates
Ratenhöhe:	Euro					
Zahlungstermin:	_____ . des Monates					

Warum soll gestundet werden ?

Begründung :

--

Angaben zu Familien-, Vermögens- und Eigentumsverhältnissen :

Einnahmen:

Alle Einnahmen sind im Einzelnen aufzuführen und zu belegen, wie z.B. Erwerbseinkommen, Renten, Arbeitslosengeld, Wohngeld, Ausbildungshilfen, Wehrsold, Kindergeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsleistungen, Mieten, Pachten, Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit, Sachleistungen jeglicher Art).

Im Haushalt lebende Personen mit eigenem Einkommen:

Name, Vorname	monatl. Einkünfte (netto)	Art der Einkünfte

Im Haushalt lebende Kinder:

Name, Vorname	monatl. Einkünfte (netto)	Art der Leistungen

Vermögensverhältnisse:

Zum Vermögen zählt der Grundbesitz, Bargeld, Spar-, Bauspar- und Prämiensparguthaben, Wertpapiere, Beteiligungen an Unternehmen, Lebensversicherungen (Rückkaufwert), Forderungen gegen Dritte, Wertgegenstände, Kraftfahrzeuge und ähnliches.

Grundstückseigentum:

Gemarkung	Flurstück-Nr.	Flur-Nr.	Größe	Nutzungsart

sonstiges Vermögen:

Summe der Sparguthaben, Festgelder, Bausparguthaben :					Euro
Summe der Wertpapiere, Beteiligungen, Genossenschaftsanteile, usw.. :					Euro
Kraftfahrzeug:					
Fabrikat:		Baujahr:		km-Stand:	

Finanzielle Belastungen:

Kreditverpflichtungen:	Euro/Monat
Miete (einschließlich Nebenkosten):	Euro/Monat
Energie, Wasser, Abfallgebühren.:	Euro/Monat
Versicherungen:	Euro/Monat
Kfz-Kosten:	Euro/Monat
Fahrtkosten zur Arbeitsstätte:	Euro/Monat

Weitere finanzielle Belastungen:

Unterhaltsleistungen an Personen die nicht im eigenen Haushalt leben:	Euro/Monat
Sparverträge:	Euro/Monat
Telefonkosten:	Euro/Monat
Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Hygieneartikel:	Euro/Monat
sonstiges (bitte näher bezeichnen):	Euro/Monat

Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse

Eine Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse erwarte ich zum (Datum)	
wegen:	

Es sind Einnahmen oder es ist Vermögen bereits an andere Gläubiger oder Personen übereignet, abgetreten, verpfändet oder sicherungsübereignet..

☐ nein

☐ ja

An wen:	
wann:	
welche Gegenstände:	

Ich habe bereit eine eidesstattliche Versicherung abgegeben bzw. liegt eine Eintragung im Schuldnerverzeichnis/Vermögensverzeichnis gegen mich vor.

☐ nein

☐ ja

zuletzt am:	
Amtsgericht:	
Aktenzeichen:	

Die im Informationsblatt genannten Nachweise zu den vorstehenden Angaben liegen bei.

Ich versichere, dass meine Vermögens- und Einkommensverhältnisse nach bestem Wissen und Gewissen in vorstehendem Fragebogen angegeben wurden. Die Folgen falscher Angaben sind mir bekannt. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass bei Gewährung einer Stundung gemäß § 234 Abgabenordnung Stundungszinsen in Höhe von 0,5 % für jeden angefangenen Monat zu zahlen sind.

Ort, Datum

Unterschrift



Stundung bedeutet die Gewährung eines Zahlungs- oder Leistungsaufschubes (Hinausschiebung eines Fälligkeitstermins).

Hierfür bestehen zwei Möglichkeiten:

- Verschiebung des Fälligkeitstermins für die Gesamtforderung
- Ratenzahlung

Eine Stundung ist nur zulässig, wenn

- die Einziehung der Gesamtforderung eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeutet
- der Anspruch nicht gefährdet erscheint.

Eine erhebliche Härte für den Schuldner ist dann anzunehmen, wenn er sich aufgrund ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse vorübergehend in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten befindet oder im Fall der sofortigen Einziehung in diese geraten würde.

Gefährdet ist der Anspruch, wenn er zu einem späteren Fälligkeitszeitpunkt nicht mehr oder nur mit Schwierigkeiten verwirklicht werden kann.

Grundsätzlich werden bei der Gewährung von Stundungsanträgen rückwirkend ab Fälligkeit der Forderung Stundungszinsen berechnet. Der § 238 AO sieht eine Verzinsung von 0,5 % für jeden vollen Monat vor, wobei bei der Berechnung jede Forderung auf volle 50 € abzurunden ist. Die Zinsen werden mit Zahlung der letzten Rate fällig.

Bei Stundungen in Form einer Ratenzahlung wird der gesamte noch zu zahlende Restbetrag in einer Summen fällig, wenn der Zahlungspflichtige mit einer Rate in Verzug gerät.

Mit Zahlung der Raten kann auch vor der Zustellung des Stundungsbescheides begonnen werden. Ebenso sind jederzeit Sonderzahlungen möglich.

Die gesetzlichen Grundlagen für das Stundungsverfahren:

bei	Realsteuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer)	§ 1 Absatz 2 Nr. 5 i.V.m. § 222 AO
	Gebühren und Beiträge	§ 12c KAG i.V.m. 222 AO
	sonstige öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen	§ 31 KomHKV

(AO = Abgabenordnung, KAG = Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg, KomHKV = Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung für das Land Brandenburg)

Für die Beantragung der Stundung kann der nachfolgende Antrag verwendet werden. Sollte der Antrag formlos erfolgen, bitten wir Sie zu berücksichtigen, dass die Angaben aus dem Antrag alle vorhanden sind. In der Regel sollte das Stundungsverfahren nicht länger als 18 Monate andauern.

Mit dem Antrag müssen folgende Unterlagen eingereicht werden:

Einkommensnachweise der letzten drei Monate

Kontoauszüge der Girokonten, Sparbücher etc. der letzten 3 Monate

Nachweise über den Wert von Vermögen

Nachweise über die finanziellen Belastungen (z.B. Bescheid über die Abfallgebühren, Trinkwasserbescheid)

Die Entscheidung über die Gewährung einer Stundung kann nur im pflichtgemäßen Ermessen in jedem Einzelfall erfolgen.

Amt Ortrand
Amtskasse
Altmarkt 1
01990 Ortrand

Name, Vorname
Adresse
Ort
Telefon

SEPA-Lastschriftmandat

Das _____

wird hiermit widerruflich ermächtigt, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen

☐ einmalig oder ☐ wiederkehrend; ☐ einschließlich bestehender Rückstände, ab _____,

bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres unten angegebenen Kontos im Lastschriftverfahren einzuziehen.
Ich/Wir weise/n mein/unser Kreditinstitut an, die auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass das angegebene Konto auch für Erstattungen verwendet wird.
Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsgegenstand: für alle zu entrichtenden Abgaben/Forderungen

für folgende Abgaben/Forderungen:

Grundsteuer A/B	Miete / Pacht
Gewerbesteuer VZ/VL	Winterdienst
Hundesteuer	Elternbeitrag
Gewässerunterhaltung	Friedhofsgebühren

<u>Mandatsreferenz</u> (= Kassenzeichen)	
<u>Kreditinstitut:</u>	
<u>IBAN:</u>	DE
<u>BIC:</u>	
<u>Kontoinhaber/in:</u> (Name und Vorname(n); wenn abweichend von der/dem Abgabepflichtigen, dann bitte auch die Anschrift angeben)	

Ort / Datum

Unterschrift Kontoinhaber/in

Bitte beachten Sie auch folgendes:

Es ist keine Abbuchung von Sparkonten möglich.

Wenn das Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung. In diesem Fall können zu Ihren Lasten Bankgebühren (Rücklastgebühren) entstehen.

Bitte stellen Sie eventuelle Daueraufträge bei Ihrem Kreditinstitut ein, falls es sich dabei um Abgaben/Forderungen handeln sollte, für die Sie hier die Erlaubnis des SEPA-Lastschrifteinzuges erteilt haben.

Bitte teilen Sie uns eine Änderung Ihrer Bankverbindung rechtzeitig vor dem nächsten Fälligkeitsdatum mit.

Es ist notwendig, dass Ihre Daten in Datenverarbeitungsanlagen gespeichert werden um das Abbuchungsverfahren korrekt durchführen zu können. Im Zuge der Abbuchung wird Ihrem Kreditinstitut der jeweilige Zahlungsgrund mitgeteilt.

Bearbeitungsvermerk der Verwaltung (nur von der Verwaltung auszufüllen)

Stand 11/2020

eingetragen am: _____

Datum, Unterschrift: _____